

Eltern wollen Druck ausüben

Initiative trifft sich in Laer / Viel vor bis zur Landtagswahl

-fe-Laer. Die Initiative „Eine Schule für alle“ macht sich dafür stark, dass behinderte und nicht behinderte Kinder in NRW in Zukunft gemeinsam lernen können. Am Freitag traf sich das Bündnis im Rathaus in Laer, um sein weiteres Vorgehen zu besprechen.

Nicht nur Eltern aus dem ganzen Bundesland kamen zusammen, sondern auch Lehrer und Mitglieder der Landeschülervertretung NRW. Nach einem kurzen Grußwort von Bürgermeister Hans-Jürgen Schimke begann das Aktionsbündnis, Erfahrungen aus allen Teilen von NRW zusammenzutragen und weitere Schritte auf dem Weg zum gemeinsamen Unterricht (GU) zu beraten.

Die Initiative fordert vor allem die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention von 2006, in der sich Deutschland zur Schaffung eines gemeinsamen Unterrichts für behinderte und nicht behinderte Kinder verpflichtet hat. „Die Konvention



Im Rathaus trafen sich Eltern aus ganz NRW, um über den „Gemeinsamen Unterricht“ zu sprechen.

ist aber von der Landesregierung noch nicht umgesetzt worden“, sagt Marion Bröker aus Laer, die zum Bündnistreffen eingeladen hatte.

„Eine Schule für alle“ will deshalb bis zur Landtagswahl im Mai 2010 Druck auf die Politik ausüben und mit runden Tischen, Wahlaufufen und lokalen Veranstaltungen die Menschen informieren.

Außerdem fordert das NRW-Bündnis ein freies Schulwahlrecht für die Eltern

behinderter Kinder. Bisher haben die Eltern nur ein eingeschränktes Mitspracherecht gegenüber den Kommunen und der Landesregierung, so Bröker. Wenngleich viele Gemeinden sich bemühen, die Kinder in einer Schule am Ort unterzubringen, müssen viele von ihnen lange Schulwege zu einer Förderschule auf sich nehmen.

► Weitere Informationen auf der Seite www.eine-schule-fuer-alle.info.